



Handbuch Friedenspsychologie

Christopher Cohrs, Nadine Knab & Gert Sommer (Hrsg.)

Jürgen Wagner: Rüstung

Christopher Cohrs • Nadine Knab • Gert Sommer (Hrsg.)

Handbuch Friedenspsychologie

ISBN 978-3-8185-0565-3

DOI: <https://doi.org/10.17192/es2022.0025>

Lektorat und Formatierung: Michaela Bölinger und Katherina Hildebrand

Titelbild und Kapitelgestaltung: Nadine Knab

Umschlagbild: Hoffnung (Esperanza). Frieden, Dankbarkeit, Kreativität und Widerstandfähigkeit sind die Symbole und Elemente, die in diesem Kunstwerk in Einklang gebracht werden. Es ist als Großformat in der Gemeinde 13 in Medellín, Kolumbien, Teil der Graffiti-Tour. Das Kunstwerk vermittelt eine wichtige Botschaft der Hoffnung sowohl an die lokale Gemeinde als auch an ausländische Besucher/innen.

@medapolo.trece @fateone96 @radycalshoes @pemberproducciones

<https://handbuch-friedenspsychologie.de>

Website-Gestaltung: Tamino Konur

Forum Friedenspsychologie

<https://www.friedenspsychologie.de>



This work is licensed under a [Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International License](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).

Für illegale, fehlerhafte oder unvollständige Inhalte und insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung von weiterführenden Links entstehen, übernehmen die Herausgeber*innen keine Haftung.

Rüstung

Jürgen Wagner

Zusammenfassung

Nach Berechnungen des Stockholm International Peace Research Institute [SIPRI] (2021) wurden 2020 weltweit 1.981 Milliarden US\$ im Rüstungsbereich ausgegeben, davon entfallen allein auf die USA 39%, auf die Nato-Staaten über 50% und wenn verbündete Länder wie Israel und Saudi-Arabien einbezogen werden, summiert sich der Anteil sogar auf über 60%. Die Ausgaben der Bundesrepublik sind seit 2011 um 28 Prozent gestiegen, der weltweite Durchschnitt lag bei 9,3% (SPIRI, 2021). Ein großer Teil dieser Ressourcen fließt in die Rüstung, d.h. in die Planung, Herstellung und Anschaffung militärischer Güter, die ein auf politischen Entscheidungen basierender Prozess ist. Nachdem die weltweiten Rüstungsausgaben Jahr für Jahr neue „Spitzenwerte“ erreichen, sollen hier mit der NATO und der gerade in jüngster Zeit in diesem Bereich immer aktiver werdenden Europäischen Union (EU) die beiden wesentlichen westlichen Organisationen in den Blick genommen werden, in denen Rüstungsprozesse organisiert sind. Die Rüstungsplanung der NATO fokussiert dabei auf den Aufbau und Erhalt von Fähigkeiten für Auslandseinsätze sowie neuerdings wieder ganz massiv auf die Aufstellung von Großverbänden gegen Russland (und perspektivisch wohl auch China). Die Europäische Union hat dagegen Strukturen geschaffen, mit denen nicht allein die in der NATO identifizierten Fähigkeitslücken geschlossen werden sollen. Ihr geht es dabei auch darum, möglichst unabhängig einsetzbare Fähigkeiten zu erlangen, weshalb der Stärkung der rüstungsindustriellen Basis große Bedeutung beigemessen wird. Dies wird zudem als wichtiger Bestandteil einer „Strategischen Autonomie“ erachtet, die wiederum als unverzichtbar gilt, um als Großmacht anerkannt zu werden. Besonders die – von den letzten Bundesregierungen voll mitgetragene – Kombination der NATO- und EU-Planziele erzeugt einen immensen Rüstungsdruck, der sich in umfassenden Rüstungs- und Militarisierungsmaßnahmen niederschlägt, von denen einige der wichtigsten abschließend skizziert werden sollen. Am Ende des Kapitels folgen einige kritische Überlegungen zur Frage der Ursachen und Auswirkungen von Rüstung beziehungsweise Aufrüstung.

Schlüsselwörter: NATO, EU, Deutschland, Bundeswehr, Rüstung

Abstract

According to calculations by the Stockholm International Peace Research Institute [SIPRI] (2021), US\$ 1,981 billion was spent on armaments worldwide in 2020, of which the USA alone accounted for 39%, the NATO states for over 50% and if allied countries such as Israel and Saudi Arabia are included, the share even adds up to over 60%. Germany's spending has increased by 28% since 2011, while the global average was 9.3%. A large part of these resources goes into armament, i.e. the planning, production and acquisition of military goods, which

is a process based on political decisions. With global arms spending reaching new "peaks" year after year, the two main Western organizations in which armament processes are organized are NATO and the European Union (EU), which has recently become increasingly active in this field. NATO's armament planning focuses on building up and maintaining capabilities for foreign missions and, more recently, again massively on the deployment of large units against Russia (and, in the future, probably also China). The European Union, on the other hand, has created structures that are not only intended to close the capability gaps identified in NATO. It is also concerned with acquiring capabilities that can be deployed as independently as possible, which is why great importance is attached to strengthening the defense industrial base. This is also seen as an important component of "strategic autonomy", which in turn is considered indispensable in order to be recognized as a great power. In particular, the combination of NATO and EU planning goals – fully supported by the last federal governments – generates immense arms pressure, which is reflected in comprehensive armament and militarization measures, some of the most important of which will be outlined in conclusion. At the end of the chapter, there are some critical reflections on the question of the causes and effects of armament or rearmament.

Keywords: NATO, European Union, Germany, German Armed Forces, armament

NATO: Strategie für den Neuen Kalten Krieg

Das ranghöchste Dokument der NATO stellt das jeweils aktuelle Strategische Konzept dar, in dem allgemeine Ziele und Bedrohungen der Allianz abgesteckt werden. Die erste NATO-Strategie wurde bereits 1950 veröffentlicht, ein Jahr nach Gründung der Allianz. Damals dominierte die Blockkonfrontation und damit die Frage, wie eine kriegerische Auseinandersetzung mit Großverbänden gegen die Sowjetunion abgeschreckt und/oder gewonnen werden konnte, nahezu vollständig die Planungen des Militärbündnisses. Selbiges galt in unterschiedlichen Schattierungen für die drei späteren Aktualisierungen während des Kalten Krieges (1952, 1957, 1967).

Mit dem Untergang der Sowjetunion änderte sich das bis dato dominierende Koordinatensystem allerdings fundamental:

„Während der neunziger Jahre brach sich in der Allianz angesichts der grundlegend anderen strategischen Ausgangslage ein politischer, militärischer und struktureller Paradigmenwechsel Bahn, der mit dem ‚Signal von London‘ 1991 begann und Ende des Jahrzehnts mit dem Strategischen Konzept 1999 einen vorläufigen Abschluss fand.“ (Felde, 2018, S. 104)

Mit diesem „Signal“ ist das auf dem NATO-Gipfel in Rom im November 1991 verabschiedete Strategische Konzept gemeint, mit dem den neuen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden sollte (North Atlantic Treaty Organization [NATO], 1991). Schon damals wurden neue

Bedrohungen wie die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln (Proliferation), Terrorismus, aber auch die Unterbrechung wichtiger Rohstoffströme aufgeführt, was sich als Vorbote der späteren Entwicklungen herausstellen sollte: Der Verweis auf die „multidimensionale Natur der Sicherheitsrisiken [...] und stellte so bereits die Weichen für eine spätere Krisenmanagement-Rolle des Bündnisses über die kollektive Verteidigung hinaus“ (Rühle, 2020, S. 638).

Den nächsten Schritt in dieser Entwicklung weg von der Landesverteidigung – sprich einer Fokussierung auf die Sowjetunion und die Unterhaltung von Großverbänden – hin zu Interventionen außerhalb des Bündnisgebietes gegen kleine oder allenfalls mittelgroße Gegner bildete dann die Verabschiedung des folgenden Strategiekonzeptes im April 1999 (Die Bundesregierung, 1999). Inmitten des einen Monat zuvor ohne UN-Mandat begonnenen völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien wurden darin sogenannte Out-of-area-Einsätze zur neuen Kernaufgabe des Bündnisses erklärt.

Im bis heute letzten Strategischen Konzept aus dem Jahr 2010 spielte Russland schließlich nur noch eine untergeordnete Rolle (von China war noch überhaupt keine Rede). Allerdings wurde dennoch die – bis heute bestehende – Option auf den Ersteinsatz von Atomwaffen beibehalten. Angesichts der nach wie vor vorhandenen Nukleararsenale stellt dies eine ständige existentielle Bedrohung dar. Von den insgesamt weltweit vorhandenen 13.100 Atomsprengköpfen entfällt dabei auch heute noch der Großteil auf die USA und Russland. Die USA verfügen über 5.550 Sprengköpfe (davon 1.700 montierte strategische Waffen), bei Russland sind es 6.257 (1.600 montiert) (Status of world nuclear forces, 2021). In Europa lagern im Rahmen der Nuklearen Teilhabe der NATO in fünf Ländern wohl 100 Atomwaffen (in Deutschland wahrscheinlich zehn) (Meier, 2021). Diese Waffen, wie auch das gesamte US-Atomwaffenarsenal, werden aktuell „modernisiert“, das heißt sie werden zielgenauer und durchschlagskräftiger gemacht. Die geschätzten Kosten hierfür stiegen von \$315 Mrd. (2015) über \$494 Mrd. (2019) auf \$634 Mrd. (2021) (Tucker, 2021). So wurde schon beim NATO-Gipfel 2010 betont, Fähigkeiten zur (nuklearen) Abschreckung seien weiter erforderlich, andererseits hieß es aber auch, vorrangig gehe es aber darum, wie Militärinterventionen gegen kleine und mittlere Gegner sowie Aufstandsbekämpfungsoperationen künftig „erfolgreicher“ durchgeführt werden könnten (Varwick, 2010).

An diesen Konzepten richtete sich auch der NATO-Verteidigungsplanungsprozess aus, der den bis dahin alles dominierenden Fokus auf Russland beendete: Bereits im Mai 1991 hatte der NATO-Verteidigungsausschuss eine Teilung in Hauptverteidigungskräfte (zur Landesverteidigung) und Krisenreaktionskräfte für Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes beschlossen, erste Einsätze auf dem Balkan folgten wenig später. Die Entwicklung zur globalen Interventionsmacht wurde nach den Anschlägen des 11. September 2001 und die Übernahme des Afghanistan-Krieges durch die NATO im Jahr 2003 weiter beschleunigt. In den Folgejahren wurde dieser Trend unter anderem durch die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe (NATO Response Force, NRF) sowie die Neuordnung der Kommandostruktur weiter verstärkt (Wagner, 2017a).

Obwohl seither kein neues Strategisches Konzept verabschiedet wurde, sollte ab 2014 ein erneuter Paradigmenwechsel einsetzen. Die entscheidenden Weichen wurden dabei auf diversen NATO-Gipfeln gestellt, deren Beschlüsse augenscheinlich eine ähnliche Tragweite haben, wie das Strategische Konzept selbst. Unter dem Eindruck der Eskalation der westlich-russischen Beziehungen infolge des Ukraine-Konfliktes erfolgte der erste Schritt beim NATO-Gipfel in Wales im September 2014. Dort wurde unter anderem beschlossen, die Schnelle Eingreiftruppe auf 40.000 Soldat*innen aufzustocken und ergänzend eine 5.000 Soldat*innen starke Ultraschnelle Eingreiftruppe (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF) aufzustellen. Außerdem wurde die Manövertätigkeit massiv erhöht und entschieden, das Multinationale Korps Nord-Ost in Stettin unter polnisch-deutscher Führung deutlich auszubauen, damit von dort aus (seit Juni 2017) Einsätze und Manöver in einem Umfang von bis zu 60.000 Soldat*innen geleitet werden können (Wagner, 2017b). Auf dem folgenden NATO-Gipfel in Warschau (2016) wurde unter anderem eine permanente NATO-Truppenstationierung an der russischen Grenze beschlossen (Enhanced Forward Presence, EFP). Als Resultat sind inzwischen vier NATO-Bataillone (à 1.000 Soldat*innen) in Polen (unter Führung der USA), Estland (Großbritannien), Lettland (Kanada) und Litauen (Deutschland) dauerhaft in unmittelbarer Nähe zu Russland stationiert. Dies ist allein schon insofern problematisch, als die NATO-Russland-Akte aus dem Jahr 1997 die Zusage enthält, die NATO werde keine substantiellen Kampftruppen dauerhaft in Osteuropa stationieren. Kernstück der NATO-Tagung in Brüssel im Juli 2018 war schließlich neben einer erneuten Anpassung der Kommandostruktur die Reaktionsinitiative (Nato Readiness Initiative, NRI) – auch „4X30“ genannt. Hier geht es um die seit Januar 2020 deklaratorisch vorhandene Fähigkeit, 30 größere Kampfschiffe, 30 Infanteriebataillone und 30 Kampfflugzeugstaffeln innerhalb von 30 Tagen oder weniger verlegen zu können („Nato-Initiative für höhere Einsatzbereitschaft“, 2018; NATO, 2018).

All diesen Entscheidungen lag augenscheinlich eine grundlegend andere Lageeinschätzung zugrunde, als dies noch beim Strategischen Konzept von 2010 der Fall war. Um eine Aktualisierung einzuleiten, beauftragte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg eine 10köpfige Gruppe unter Ko-Vorsitz des ehemaligen deutschen Verteidigungsministers Thomas de Maizière damit, Vorschläge für ein neues Konzept auszuarbeiten. Der von ihr Ende 2020 veröffentlichte Bericht „NATO 2030: United for a New Era“ enthält wenig Überraschungen und ist aus genau dem Grund Besorgnis erregend. Darin wird explizit bemängelt, dass das aktuelle Strategische Konzept aus dem Jahr 2010 noch auf der Basis (halbwegs) freundschaftlicher Beziehungen zu Russland und unter völliger Ausblendung Chinas verfasst worden sei. Die NATO müsse sich deshalb in einem künftigen Konzept wieder auf die Systemkonkurrenz mit Russland und nun auch China fokussieren, so die Kernforderung des Dokumentes (NATO, 2020), die dann auch in die Abschlusserklärung des NATO-Gipfels im Juni 2021 einfluss.

NATO: Von der Planung zur Rüstung

Die auf oberster Ebene in Form des Strategischen Konzeptes oder durch Gipfelbeschlüsse formulierten Ziele werden anschließend durch den Verteidigungsplanungsprozess (NATO Defense Planning Process, NDPP) in konkrete Rüstungsvorgaben übersetzt. Dieser Prozess besteht in seiner aktuellen Form seit 2009 aus fünf Teilen (Mauro, 2018): Da das militärische Anspruchsniveau (Level of Ambition, LoA) im Strategischen Konzept oder in Gipfelbeschlüssen, wenn überhaupt, in der Regel nur relativ vage formuliert wird, fällt die Aufgabe einer Konkretisierung Schritt 1 des NDPP-Prozesses zu. Er besteht in der Verabschiedung einer Politischen Leitlinie (Political Guidance, PG) durch den NATO-Rat. In diesem unter der Ägide des Ausschusses für Verteidigungspolitik und -Planung (Defence Policy and Planning Committee, DPPC) angefertigten geheimen Dokument werden Anzahl, Umfang und Art der Operationen spezifiziert, zu denen die Allianz in der Lage sein soll (Deni, 2020).

Dies bildet wiederum die Grundlage für NDPP-Schritt 2, in dem den beiden Alliierten Oberkommandos Transformation (Allied Command Transformation, ACT) und Operationen (Allied Command Operations, ACO) die Aufgabe zufällt, die qualitativen und quantitativen Fähigkeiten zu identifizieren, die für eine Umsetzung der Politischen Leitlinie erforderlich sind. Anschließend geht es in NDPP-Phase 3 darum, die Schließung etwaiger Fähigkeitslücken auf die einzelnen Bündnismitglieder zu verteilen. NDPP-Aspekt 4 widmet sich der Implementierung der Planziele, indem Hilfestellung bei der nationalen, multinationalen oder über die NATO erfolgenden Schließung von Fähigkeitslücken gegeben wird. Im Gegensatz zu den vorhergehenden Schritten eins bis drei, die zeitlich nacheinander erfolgen, handelt es sich hierbei um einen kontinuierlichen Prozess, der sich über den gesamten Zyklus (und darüber hinaus) erstreckt. Was die NDPP-Phase 5 anbelangt, so beinhaltet sie die zweimal pro Zyklus erfolgende Evaluation des Prozesses (Deni, 2018; Mauro, 2018).



Abbildung 1 NATO-Verteidigungsplanungsprozess (eigene Darstellung)

Mutmaßlich bereits in der Politischen Leitlinie 2009, definitiv aber im Strategischen Konzept von 2010 wurde als militärisches Anforderungsprofil die Fähigkeit für „simultane gemeinsame Großeinsätze“ („concurrent major joint operations“) sowie „mehrere kleinere Einsätze“ („several smaller operations“) angegeben (NATO, 2010). Das Anforderungsprofil reflektierte demzufolge den damaligen Fokus auf sogenannte Stabilisierungseinsätze und Aufstandsbekämpfung sowie die Abkehr von Großverbänden:

„Das militärische Anspruchsniveau (Level of Ambition) wurde auf die Fähigkeit zur Führung von 2 Major Joint Operations (MJO, jeweils maximal Korps-Größe) sowie von 6 Smaller Joint Operations (SJO, jeweils maximal Brigade/Bataillons-Größe) zurückgenommen. Inhaltlich trat die Bekämpfung bewaffneter Aufständischer (Counter Insurgency Operations, COIN) im Rahmen von Stabilisierungsmissionen als wahrscheinlichste und häufigste Aufgabe in den Vordergrund. Hierauf richteten sich beginnend ab Mitte der 90er Jahre zunehmend die nationalen Verteidigungsdispositive und damit faktisch auch das militärische Gesamtdispositiv der Allianz aus.“ (Felde, 2018, S. 107)

Auch für den Rüstungsplanungsprozess sollte sich die Eskalation im Verhältnis mit Russland dann als 180-Grad-Wende erweisen. Sie prägte die Politische Leitlinie des Jahres 2015 und den nachfolgenden Zyklus bis ins Jahr 2019. Nun bekam die Fähigkeit für Kriege gegen gleichwertige Gegner und die Aufstellung entsprechender Großverbände wieder hohe Priorität (Deni, 2018). Rainer Mayer zum Felde, damals für die Bundesregierung im Ausschuss für Verteidigungspolitik und -Planung der NATO direkt an der Erstellung der Leitlinie beteiligt, schreibt:

„Sie [die Politische Leitlinie] enthielt als Kernaussage die politische Vorgabe, den Schwerpunkt der Planung wieder auf die Bündnisverteidigung und die dafür erforderlichen Kräfte und Fähigkeiten zu setzen (*re-newed emphasis on collective defence*), und wurde bereits im Juni 2015 nach intensiven Verhandlungen im DPPC vom Rat verabschiedet. Damit wurde die mittel- und langfristige wirkende NATO-Verteidigungsplanung umgesteuert von der Schwerpunktsetzung auf leichte verlegbare Kräfte zur Bewältigung des bis dahin gesetzten *Level of Ambition* (2 MJO, 6 SJO) hin zu der Fähigkeit, darüber hinaus auch wieder eine *Major Joint Operation Plus* (MJO+), in einem hoch-intensiven regionalen Großkonflikt mit einem modern ausgestatteten Gegner führen zu können.“ (Felde, 2018, S. 110)

Ein Großverband für eine MJO+ setzt sich aus drei Korps zu je 50.000 bis 60.000 Soldat*innen, also 150.000 bis 180.000 Soldat*innen zusammen, die vollausgestattet für einen hochintensiven Konflikt abrufbereit stehen müssen (Olshausen, 2016).

Es liegt auf der Hand, dass die Aufstellung von Großverbänden den Mitgliedern sowohl personell als auch mit Blick auf die Bewaffnung einiges abverlangt, wie später auch am

Beispiel der Bundeswehr gezeigt wird. Weil gleichzeitig auch die Fähigkeiten für Auslandseinsätze und Aufstandsbekämpfung beibehalten werden sollen, erweist sich dieses doppelte Anspruchsprofil („360-Grad-Ansatz“) als enormer Rüstungstreiber.

Der große Schritt zur erneuten Systemkonkurrenz mit Russland (und perspektivisch auch China) war damit getan, die darauffolgende Politische Leitlinie, die den NDDP-Zyklus bis 2023 einleitete, setzte den eingeschlagenen Kurs dann lediglich weiter fort:

„Die jüngste PG vom Februar 2019 übernimmt, soweit bekannt, weitgehend die Eckdaten der alten PG von 2015. Demzufolge will die Nato in der Lage sein, auf alle aus heutiger Sicht absehbaren Herausforderungen im Rahmen der kollektiven Verteidigung und der internationalen Krisenbewältigung zu reagieren. Zur Bestimmung des dazu notwendigen Streitkräfte-Pools und der erforderlichen Fähigkeiten (des sogenannten »Level of Ambition«) orientiert sie sich an mehreren generischen Einsatzszenarien: nämlich zwei große (MJO [...]; Heereskräfte in Korpsgröße plus Luftwaffe und Marine) und sechs kleine Operationen (SJO; Heereskräfte in Divisions- oder Brigadestärke), oder eine sehr große Operation (MJO+; mehrere Korps, bis zu 100.000 und mehr Kräfte).“ (Major, 2019, S. 33)

Der NATO selbst steht allerdings nur ein relativ geringes Budget von 1,6 Mrd. Euro (Militärhaushalt 2021) und 218 Mio. Euro (Zivilhaushalt 2021) zur Verfügung, mit dem kaum substantiell rüstungspolitische Weichenstellungen bewirkt werden können (NATO, 2021b). Die Allianz verfügt deshalb auch nur über sehr wenig eigene militärische Fähigkeiten; es ist der NATO-Verteidigungsplanungsprozess und die in seinem Zuge erfolgende Identifikation und Verteilung von Rüstungsaufgaben zur Schließung von Fähigkeitslücken, denen die entscheidende Bedeutung zukommt, da hierüber, wie später am Beispiel Deutschlands gezeigt werden kann, ein nicht unerheblicher Rüstungsdruck erzeugt wird.

EU: Globalstrategie und autonomes Anspruchsniveau

Der Europäische Verteidigungsplanungsprozess (European Defense Planning Process, EUDPP) verfolgt mindestens drei Ziele und ist damit in gewisser Weise noch einmal ambitionierter als sein NATO-Pendant: Es geht erstens um die Erfüllung der NATO-Rüstungsvorgaben; zweitens wird der Aufbau von Kapazitäten für (zunächst vom Umfang begrenzte) eigene EU-Militärinterventionen angestrebt; und schließlich zielt der EUDPP auf die Schaffung eines europäischen rüstungsindustriellen Komplexes mit dem Zweck, eine „Strategische Autonomie“ und damit größeren machtpolitischen Einfluss sowohl innerhalb der NATO als auch gegenüber nicht-westlichen Großmächten zu erlangen.

Was für die NATO das Strategische Konzept ist, war für die Europäische Union zunächst die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) aus dem Jahr 2003. Lange hatten militärische Fragen bei der ‚Zivilmacht Europa‘ eher ein Schattendasein gefristet, was sich aber spätestens 1999 mit den Entscheidungen zweier Ratsgipfel in Köln und Helsinki – die in etwa den

NATO-Gipfeln entsprechen –, änderte, bei denen erstmals der Aufbau substanzieller militärischer Fähigkeiten beschlossen wurde.

Mit der ESS sollte diese Entwicklung in einen klareren strategischen Rahmen eingebettet werden. Angesichts ihres Veröffentlichungsdatums ist es kein Wunder, dass Russland darin kaum eine Rolle spielte. Im Gegenteil hieß es damals noch: „Größere Angriffe gegen Mitgliedstaaten sind nunmehr unwahrscheinlich geworden“ (Rat der Europäischen Union, 2009). Stattdessen lag der Fokus ähnlich wie bei der NATO vor allem auf Auslandseinsätzen gegen kleinere und mittlere Gegner.

Nach einer Aktualisierung der ESS im Jahr 2008 (Europäische Union, 2008), die aber kaum nennenswerte Neuerungen enthielt, billigte der Rat am 28. Juni 2016 die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU (EUGS) als nun ranghöchstes EU-Dokument in diesem Bereich. Darin wird zwar weiter der Bedarf für Auslandseinsätze zur „Friedenskonsolidierung“, insbesondere in den „östlichen und südlichen Nachbarregionen“ betont (Rat der Europäischen Union, 2016a). Allerdings werden nun auch gegenüber Russland wieder sehr kritische Töne angeschlagen:

„Wesentliche Veränderungen in den Beziehungen zwischen der EU und Russland hängen ab von der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts und der Grundsätze, auf denen die europäische Sicherheitsordnung aufgebaut ist, einschließlich der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris. Wir werden weder die illegale Annexion der Krim durch Russland anerkennen noch die Destabilisierung der östlichen Ukraine hinnehmen.“ (Rat der Europäischen Union, 2016, S. 29)

Augenfällig ist aber vor allem das überaus ambitionierte militärische Anspruchsniveau, das in der Globalstrategie ausgegeben wird, auch wenn keine Zahlen genannt werden:

„Die Mitgliedstaaten [benötigen] bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen, um auf externe Krisen reagieren und die Sicherheit Europas aufrechterhalten zu können. Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten, einschließlich der strategischen Grundvoraussetzungen, zur Verfügung stehen muss.“ (Rat der Europäischen Union, 2016, S. 39-40)



Abbildung 2: Dimensionen der Strategischen Autonomie (eigene Darstellung)

Ein weiterer entscheidender Aspekt besteht in der Forderung, dass zwar die NATO-Vorgaben berücksichtigt werden sollten, der Aufbau von Kapazitäten aber dennoch zu autonomen, also auch unabhängig von der Allianz (und damit einem möglichen Veto der USA) einsetzbaren Fähigkeiten führen müsse: „Die europäischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung sollten die EU in die Lage versetzen, autonom zu handeln und gleichzeitig zu Maßnahmen der NATO beizutragen und gemeinsam mit ihr Maßnahmen durchzuführen“ (Rat der Europäischen Union, 2016, S. 16).

Inzwischen ist die Erlangung Strategischer Autonomie zu einem der wesentlichen Ziele der Europäischen Union avanciert, auch wenn über die konkrete Ausgestaltung immer wieder gestritten wird (Major & Mölling, 2020). Gemeinhin wird darunter die Fähigkeit verstanden, außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen ohne allzu große Abhängigkeiten von den Präferenzen Dritter fällen zu können (Lippert, Ondarza & Perthes, 2019). Nur dies ermögliche es der Europäischen Union, einen Platz am Tisch der Großmächte zu behaupten, was für Befürworter des Konzeptes ein selbstverständliches Ziel sein sollte. Ein integraler Teil dieses Konzeptes stellt die Fähigkeit dar, wichtige militärische Güter aus „heimischer“ Produktion beziehen zu können. Und dies wiederum erfordert eine starke rüstungsindustrielle Basis, wie auch in der Globalstrategie betont wird: „Eine tragfähige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie ist von wesentlicher Bedeutung für die strategische Autonomie Europas und eine glaubwürdige GSVP [Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik]“ (Rat der Europäischen Union, 2016, S. 41).

Die gesamte Architektur des in jüngster Zeit um einige potenziell weitreichende Komponenten ergänzten Europäischen Verteidigungsplanungsprozesses zielt vor diesem Hintergrund deshalb nicht allein – oder nicht einmal primär – auf die Schließung der im NATO-Prozess identifizierten Fähigkeitslücken ab, sondern auch auf den Aufbau unabhängiger rüstungsindustrieller und militärischer Kapazitäten und Strukturen, die dem Ziel der Strategischen Autonomie förderlich sind.

Eine zentrale Rolle bei den Debatten zur Anbahnung der EU-Globalstrategie spielte die „Group on Grand Strategy“ (GoGS), ein damals einflussreicher Zusammenschluss diverser EU-Geopolitiker, die ganz offen eine militärisch unterfütterte Expansionsstrategie propagierte (Haydt & Wagner, 2018a). Besonders aufschlussreich sind die Arbeiten des GoGS-Gründers James Rogers, weil sie die hinter der EU-Globalstrategie steckenden Überlegungen offen zutage fördern. Rogers fordert die Umsetzung einer EU-Geostrategie, die auf zwei Säulen beruhen müsse: „Das ultimative Ziel einer Geostrategie ist es, Geografie und Politik miteinander zu verknüpfen, um die Macht und die Einflussosphäre des heimischen Territoriums zu maximieren. [...] Ein solches Konzept muss von einem subtilen, aber hervorragend aufgestellten Militär unterstützt werden, das darauf abzielt, das Auftauchen möglicher Rivalen zu vereiteln“ (Rogers, 2011, S. 16). Auf dieser Basis entwickelte Rogers Kriterien, mit denen er die Grenzen eines solchen Großraums – von ihm als „Grand Area“ bezeichnet – absteckt und damit eine Art Kartographie eines EU-Imperiums vorlegt. Es umfasst große Teile Afrikas, die ölreiche kaspische und zentralasiatische Region und den Mittleren Osten, reicht aber auch bis weit nach Ostasien, wo es gilt, die Schifffahrtsrouten zu kontrollieren. Diese „Grand Area“ soll mit einem Netz an Militärbasen kontrolliert werden, die „eine latente aber permanente Macht innerhalb der ‚Grand Area‘“ (Rogers, 2011, S. 5) ausüben. Damit sollen zwei Ziele erreicht werden: „Erstens, ausländische Mächte davon abzuhalten, sich in Ländern in der größeren europäischen Nachbarschaft einzumischen; und zweitens Halsstarrigkeit und Fehlverhalten auf Seiten der lokalen Machthaber vorzubeugen“ (Rogers, 2011, S. 4).

EU: Rüstungsplanung: CDP – CARD – PESCO – EDF

Aufbauend auf der EUGS wurde das Anspruchslevel im Implementierungsplan für Sicherheit und Verteidigung der damaligen EU-Außenbeauftragten im November 2016 weiter präzisiert. Die EU müsse in der Lage sein, „Gemeinsame Krisenbewältigungsoperationen“, „gemeinsame Stabilisierungsoperationen“ sowie „Operationen zur maritimen Sicherung“ und zum „Aufbau militärischer Fähigkeiten“ durchzuführen (Rat der Europäischen Union, 2016b). Allerdings blieb auch dieser Plan die Frage schuldig, was das in konkreten Zahlen und für welches Land denn bedeuten sollte.

Vor diesem Hintergrund mutet es seltsam an, dass in den beiden zentralen Dokumenten des Jahres 2016 zwar politische Zielvorgaben für EU-Einsätze gemacht werden, das militärische Anspruchsniveau aber weiter aus den Jahren 1999 und 2004 stammt. Beim Ratsgipfel in Helsinki vom 10. bis 12. Dezember 1999 wurde als Militärisches Planziel (Headline Goal, HG) der Aufbau einer aus den Einzelstaaten gespeisten Truppe in Korpsgröße, also 50.000 bis

60.000 Soldat*innen ausgegeben, die innerhalb von 60 Tagen für bis zu einem Jahr einsetzbar sein soll. Zusätzlich dazu wurde mit dem Militärischen Planziel 2010 vom Juni 2004 beschlossen, dass jederzeit zwei EU-Kampftruppen (Battlegroups) mit je 1.500 Soldat*innen auf Abruf bereitstehen sollen, die innerhalb von 5 bis 30 Tagen verlegefähig sein müssen.

Inzwischen laufen Bestrebungen, den EU-Rüstungsprozess zu überarbeiten. Hierfür wurde unter der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 mit der Erstellung eines Strategischen Kompasses begonnen, der am 25. März 2022 verabschiedet wurde. Er zielt darauf ab, auf Basis einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse die Anforderungen für EU-Einsätze zu präzisieren, was schlussendlich zu einer Aktualisierung des Militärischen Planziels führen soll. Somit könnte der Kompass in etwa die Rolle einnehmen, die in der NATO die Politische Leitlinie spielt – nicht von ungefähr kursieren auch Forderungen, beide Rüstungsprozesse stärker zu synchronisieren (Sabatino et al., 2020).

Vereinfacht man den komplizierten EU-Rüstungsprozess, so folgt auf die Konkretisierung des militärischen Planziels der Plan zur Fähigkeitenentwicklung (Capability Development Plan, CDP). Seine Aufgabe ist es, Fähigkeitslücken für die Umsetzung des Militärischen Planziels zu identifizieren und Prioritäten festzulegen. In seiner aktuellen Variante von 2018 wurden 11 prioritäre Bereiche mit 38 Unterpunkten hervorgehoben (European Defence Agency [EDA], 2018). Um den Einblick in die vorhandenen – und vor allem geplanten – Fähigkeiten der Mitgliedstaaten deutlich zu vergrößern, wurde im Mai 2017 vom Rat die Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung (Coordinated Annual Review on *Defence*, CARD) beschlossen. Darüber werden die Mitgliedsstaaten nicht formal, aber durch die enge Verknüpfung mit einem weiteren neuen Instrument (PESCO) de facto darauf verpflichtet, umfassend Rechenschaft über ihre aktuellen und geplanten Verteidigungsausgaben, Investitionen und Forschungsanstrengungen abzulegen. Im ersten CARD-Bericht vom November 2020 werden zudem Fähigkeitslücken identifiziert, die sich besonders für eine länderübergreifende Umsetzung eignen (EDA, 2020).

Die über CDP und CARD vorgenommene Priorisierung leitet dann zum nächsten Schritt über, der Auflegung konkreter länderübergreifender EU-Projekte zur Schließung der Fähigkeitslücken. Für diese Projekte soll vor allem die seit Dezember 2017 existierende Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) den Rahmen liefern. Die PESCO zwingt die Mitgliedsstaaten in ein enges Korsett, indem die Beteiligung daran an insgesamt 20 Bedingungen geknüpft ist. Sie reichen von einer Verpflichtung, im CDP identifizierte Fähigkeitslücken über EU-Kooperationsprojekte zu schließen, über eine Teilnahme am CARD-Prozess bis hin zur Steigerung von Militärausgaben und Rüstungsinvestitionen sowie der Teilnahme an strategisch wichtigen Rüstungsprojekten. Obwohl die mit der PESCO einhergehenden Verpflichtungen recht weitgehend sind, entschlossen sich nahezu alle EU-Mitgliedsländer (außer Dänemark und Malta) daran teilzunehmen, weil sie nur so Mitspracherechte auf die Ausgestaltung der konkreten Projekte beibehalten konnten (Haydt & Wagner, 2018b).

Die PESCO-Teilnahme ist für viele Länder allein schon deshalb von großer Bedeutung, weil deren Projekte künftig bevorzugt (zu 30 Prozent statt ansonsten 20 Prozent) über den

Europäischen Verteidigungsfonds (European Defence Fund, EDF) finanziert werden können, mit dem die Akzeptanz der PESCO-Kriterien finanziell unterstützt wurde. Der EDF wurde im April 2021 vom Europäischen Parlament endgültig – und ungeachtet massiver rechtlicher Bedenken (Fischer-Lescano, 2018) – bewilligt. Nun stehen im Zeitraum 2021 bis 2027 knapp 8 Mrd. Euro für die Erforschung und Entwicklung länderübergreifender EU-Rüstungsprojekte (mindestens drei Teilnehmende) zur Verfügung (plus nationaler Beiträge von bis zu 80 Prozent je nach Projekt). Die Ausschüttung dieser Gelder ist explizit an die Bedingung geknüpft, dass die europäische Rüstungsindustrielle Basis davon profitieren muss, um so eine Bündelung (Konsolidierung) des europäischen Rüstungssektors zu erreichen. Aus Anlass der endgültigen EDF-Zustimmung durch das Europäische Parlament am 29. April 2021 äußerte sich der EU-Außenbeauftragte Joseph Borell: „Wir müssen zunehmend in der Lage sein, unsere Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen und ein Sicherheitsakteur auf der Weltbühne zu sein. [Der EDF ist] ein wesentlicher Baustein für mehr Unabhängigkeit in Europa“ („Milliarden-schwerer EU-Verteidigungsfond“, 2021, 4. Absatz).



Abbildung 3 EU-Verteidigungsplanungsprozess (eigene Darstellung)

Die gesamte Rüstungspolitische Strategie fußt auf der Feststellung, dass die EU-Staaten durchschnittlich etwa ein Drittel der Vereinigten Staaten in ihre Militärhaushalte investieren, dabei allerdings lediglich zehn Prozent der militärischen Schlagkraft erzeugen (Kamp, 2015).

Zurückgeführt wird dies darauf, dass sich in den USA nach politisch forcierten Fusionsprozessen seit Anfang der 1990er Jahre nur noch fünf Systemanbieter (Lockheed Martin, Boeing, Raytheon, Northrop Grumman, General Dynamics) einen einheitlichen Markt aufteilen. Im Vergleich dazu ist der Sektor in der Europäischen Union stark zersplittert (fragmentiert): Er verteilt sich auf 27 Staaten, mit ihren jeweiligen individuellen politischen Entscheidungsinstanzen, Streitkräften und zuliefernden Industrien. Dadurch leiste sich die Europäische Union 178 große Waffensysteme (davon 29 Kampfschiffe, 16 Kampfflugzeuge und 19 Kampfpanzer), während in den USA lediglich 30 Großprojekte existieren (Bunde et al., 2017). Das führe zu geringen Stückzahlen und damit hohen Stückpreisen, was laut EU-Kommission Mehrkosten verursache: „Die fehlende Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen kostet Europa alljährlich zwischen 25 Mrd. und 100 Mrd. EUR – je nach Bereich. Gelder, die wir anders so viel besser einsetzen könnten“ (Juncker, 2016, S. 9).

Deshalb zielt der EUDPP nicht nur auf die Schließung der im NATO-Pendant identifizierten Fähigkeitslücken ab, sondern auch auf die Konsolidierung des Rüstungssektors. Dies soll nicht nur mehr militärische Schlagkraft erzeugen, sondern auch die rüstungsindustrielle Basis in einem Ausmaß stärken, dass sie zum Ziel der Strategischen Autonomie beiträgt. Bei EU-Schlüsselvorhaben für die Bündelung des Rüstungssektors wie der unter deutsch-französischer Führung vorangetriebenen Eurodrohne, dem Kampfpanzer oder dem Kampfjet haben diese sogar auch dann Priorität, wenn ausländische Produkte weit kostengünstiger angeschafft werden könnten. Der Strategischen Autonomie wird somit – sehr zum Ärger vor allem der USA – Priorität vor der kurzfristigen Schließung von Fähigkeitslücken gegeben.

Deutschland: Von der Armee im Einsatz zum Neuen Kalten Krieg

In Deutschland übernimmt die Funktion des Strategischen NATO-Konzeptes oder der EU-Globalstrategie am ehesten das Weißbuch der Bundeswehr. Erstmals 1969 erschienen, wurde die Bundeswehr zunächst in den verschiedenen Weißbuch-Versionen auf Großverbände für Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion ausgerichtet. Schon im ersten Weißbuch nach dem Kalten Krieg hieß es dann aber ganz ähnlich wie zuvor bei der NATO, Deutschland müsse nun von einem „weiten Sicherheitsbegriff ausgehen“ („Weißbuch (Bundeswehr)“, 2021), worunter unter anderem auch „Störungen der Rohstoff- und Warenströme“ gefasst wurden (Bundesministerium der Verteidigung [BMVg], 2006, S. 17).

Im Juli 1994 gelangte das Bundesverfassungsgericht zu der Auffassung, militärische Auslandsinterventionen seien im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme (UNO, und mit ihr gleichgesetzt wurden später NATO und Europäische Union) mit dem Grundgesetz vereinbar; damit wurde der Wortsinn von Art. 87 des Grundgesetzes („Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“) arg strapaziert, wenn nicht konterkariert. Auf dieser Grundlage erfolgte eine massive Restrukturierung der Armee, sodass es im Weißbuch des Jahres 2006 dann hieß:

„Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus sind auf absehbare Zeit die

wahrscheinlicheren Aufgaben. Sie sind strukturbestimmend und prägen maßgeblich Fähigkeiten, Führungssysteme, Verfügbarkeit und Ausrüstung der Bundeswehr. [...] Die Struktur der Bundeswehr wird konsequent auf Einsätze ausgerichtet.“ (BMVg, 2006, S. 6)

Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr im Jahr 2011 wurde dieser Weg auch unter dem Eindruck einer (kurze Zeit später wieder zurück genommenen) massiven Sparvorgabe weiter forciert. Kernstück der damaligen Reform war eine nochmalige deutliche Reduzierung der Armee, von etwa 500.000 Soldat*innen zu Zeiten des Kalten Krieges auf etwa 250.000 Soldat*innen im Jahr 2010 (Rudnicka, 2021). In den Eckpunkten für die Neuausrichtung der Bundeswehr wurde die Wehrpflicht ausgesetzt und das Ziel ausgegeben, die Truppe weiter auf 170.000 Zeit- und Berufssoldat*innen plus 5.000 bis 15.000 Freiwillige zu verkleinern. Dies sollte trotz der vermuteten Kürzungen Geld für Investitionen und eine konsequente Ausrichtung auf Auslandseinsätze frei machen, da die Eckpunkte das bis dato gültige militärische Planziel, 7.000 Soldat*innen gleichzeitig in Einsätze schicken zu können, auf 10.000 erhöhte (BMVg, 2011).

Angesichts der zuvor beschriebenen Entwicklung ist es wenig überraschend, dass auch in Deutschland ab 2014 eine Trendwende einsetzte. Bei ihren „denkwürdigen“ Auftritten auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 forderten der damalige Bundespräsident Joachim Gauck, ebenso wie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Außenminister Frank-Walter Steinmeier, nicht weniger als einen Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Militärpolitik. Deutschland solle der „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ entsagen, mehr „Verantwortung“ übernehmen und sich künftig deutlich öfter (militärisch) auf der Weltbühne positionieren, so die damalige Botschaft, die seither maßgeblich die deutsche sicherheitspolitische Debatte bestimmt (Deppe, 2014).

Angesichts der nahezu zeitgleichen Eskalation im Verhältnis zu Russland übernahm Deutschland ganz diesem Anspruch folgend in den Folgejahren eine Führungsrolle bei nahezu allen wichtigen NATO-Vorhaben, die das Ziel hatten, Moskau militärisch kontra zu geben. Damit nahm eine Re-orientierung auf Großmachtkonflikte mit Russland ihren Lauf – charmanter als eine Re-Fokussierung auf Landes- bzw. Bündnisverteidigung bezeichnet –, die sich fortan erneut als prägend erweisen sollte. Noch in ihrer Zeit als Verteidigungsministerin stellte die heutige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen etwa fest:

„Und als politische Allianz fordert uns das herausstechende Merkmal der neuen Sicherheitslage: Die Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte. Unsere amerikanischen Freunde haben das früh erkannt. Wir erkennen es inzwischen auch und wir sehen: Ob wir wollen oder nicht, Deutschland und Europa sind Teil dieses Konkurrenzkampfs. Wir sind nicht neutral. Wir stehen auf der Seite der Freiheit und der Menschenwürde. Wir stehen auf der Seite der Demokratie und der Herrschaft des Rechts.“ (BMVg, 2019, S. 3-4)

Deutschland: Rüstung für NATO und EU

In früheren Jahren wurden die Zielvorgaben aus dem NATO-Planungsprozess von Deutschland (und anderen Mitgliedsländern) oft zumindest in Teilen ignoriert, was immer wieder zu Streit im Bündnis führte. Seit der Eskalation im Verhältnis zu Russland ist aber auch diesbezüglich eine Trendwende eingeleitet. Im Weißbuch 2016 wurde der neuen Fokussierung auf Russland – bei Beibehaltung der Fähigkeiten für Auslandseinsätze – folgendermaßen Rechnung getragen: „Die stärkere Akzentuierung von Landes- und Bündnisverteidigung einschließlich der Abschreckung – insbesondere an der Peripherie der Allianz – verlangt von der Bundeswehr, ihre Einsatzorientierung auf diese anspruchsvolle Aufgabe und die hierzu notwendige Vorbereitung zu erweitern“ (Die Bundesregierung, 2016, S. 88).

Im Anschluss wurde dann in der Konzeption der Bundeswehr vom 20. Juli 2018 konkret die Aufstellung von „kampfkräftigen Großverbänden“ gefordert (BMVg, 2018a, S. 23). Noch im selben Jahr folgte das nächste Papier in der neu aufgestellten Dokumentenhierarchie:

„Die in der Konzeption der Bundeswehr von 2018 enthaltenen Vorgaben und Ambitionen wurden im gleichen Jahr in einem sogenannten Fähigkeitsprofil umgesetzt. Hierbei handelt es sich um ein internes Planungsdokument, welches explizit auf dem Weißbuch und der Konzeption aufbaut und somit erstmals eine strategisch-doktrinäre Hierarchie darstellt.“ (Masuhr, 2020, S. 30-31)

Zwar ist das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr vom 3. September 2018 als Verschlussache und die aus ihm abgeleiteten in einem Anhang aufgeführten Rüstungsvorhaben sogar noch einmal höher als „geheim“ eingestuft worden, einige Informationen dazu drangen allerdings dennoch an die Öffentlichkeit. Bekannt ist, dass das Fähigkeitsprofil die Vorgaben des NATO-Verteidigungsplanungsprozesses aufnahm und den sich bereits abzeichnenden Aufbau von Großverbänden auf den Weg brachte. Im Wesentlichen soll dies in drei Schritten erfolgen: 2023 soll ein VJTF-Brigadeäquivalent – also etwa 5.000 Soldat*innen – mit voller Bewaffnung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung aller anderen Verpflichtungen (z.B. für die EU-Kampftrouppen) in die NATO eingebracht werden können. Der zweite Schritt soll dann 2027; dann will die Bundeswehr eine Division (15.000 bis 20.000 Soldat*innen) beisteuern. Das Ende des im Fähigkeitsprofil beschriebenen Planungshorizontes ist schließlich 2032 erreicht; ab da sollen dann drei Divisionen für einen Krieg mit Russland gerüstet sein (BMVg, 2018b).



Abbildung 4 Deutscher Rüstungsplanungsprozess. Eigene Darstellung

Mit dem Fähigkeitsprofil, das jährlich aktualisiert wird, wurden die Vorgaben der Politischen Leitlinie der NATO aus dem Jahr 2015 voll umgesetzt – ein Novum:

„Die Bundesrepublik hat somit zum ersten Mal – und als erste große Nation – die Resultate des Nato-Verteidigungsplanungsprozesses als »Soll-Vorgabe« für die eigene Streitkräfteplanung übernommen. [...] Damit sollen sich die individuellen nationalen Planungsziele der Bundeswehr in eine Nato-Planung einfügen, durch die langfristig im Bündnis ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Fähigkeitsdispositiv erreicht wird.“ (Glatz & Zapfe, 2017, S. 3-4)

Es liegt auf der Hand, dass hierfür auch großangelegt Material (sowie Finanzen und Personal) aufgestockt werden müssen: „Konkret bedeuten die Planungen, dass die Bundeswehr in den Bereichen Heer, Luftwaffe und Marine kräftig aufwachsen muss, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden“ („Bundeswehr-Pläne“, 2017, 3. Absatz).

Ebenfalls eindeutig ist es, dass diese Ausrüstung „Made in Germany“ oder zumindest „Made in Europe“ sein soll, was die Angelegenheit dann richtig teuer macht. Im Weißbuch werden die Planungsvorgaben von NATO und EU in einem Atemzug genannt (Die Bundesregierung, 2016) und gleichzeitig betont:

„In diesem Zusammenhang gilt es, Fähigkeitsentwicklung und Streitkräfteintegration auf europäischer Ebene voranzubringen. Flankierend ist die GSVP schrittweise weiterzuentwickeln. Fernziel deutscher Sicherheitspolitik ist eine

Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion.“ (Die Bundesregierung, 2016, S. 139)

Szenario: Wie kämpfen die Landstreitkräfte künftig?

Die NATO sieht recht eindeutig in Russland den aktuell wahrscheinlichsten nahezu gleichrangigen Gegner. So zitierte der Spiegel 2017 aus einem geheimen NATO-Papier zur Reform der Kommandostrukturen:

„Die bisherige Nato-Kommandostruktur würde ihren Zweck ‚im günstigsten Fall nur teilweise erfüllen und, obwohl sie nie getestet wurde, schnell versagen, sollte sie mit dem vollen Nato-Level of Ambition konfrontiert werden‘, heißt es in dem Papier. Dieser ‚Level of Ambition‘ wird als Kategorie ‚MJO+‘ definiert. Im Klartext: Die Nato bereitet sich auf einen möglichen Krieg mit Russland vor.“ (Gebauer, Hammerstein, Müller & Schult, 2017, 14. Absatz)

Einen Einblick, wie die NATO bzw. die Bundeswehr sich einen möglichen Krieg gegen Russland vorstellt, liefert das Mitte 2017 an die Öffentlichkeit gelangte Papier „Wie kämpfen die Landstreitkräfte künftig“ des Heereskommandos. Darin wird ein detailliertes Szenario entworfen, wie die Bundeswehr einen Landkrieg gegen Russland im Jahr 2026 gewinnen will (Kommando Heer, 2017).

Das beschriebene Szenario beginnt mit dem Auflaufen der maßgeblich von Deutschland aufgebauten Ultraschnellen NATO-Eingreiftruppe (VJTF), was aber nicht die erhoffte abschreckende Wirkung erzeugt:

„Der Beschluss zur Aktivierung und Verlegung der VJTF (stand by), bestehend im Kern aus dem DEU Einsatzdispositiv (EDP), wurde aufgrund einer überraschenden Lageentwicklung notwendig. [...] Dennoch kommt es nach einer Phase von Desinformation, separatistischen Aktivitäten, lokalen Angriffen von Separatisten und verdeckt operierenden Special Operation Forces zum Angriff der gegnerischen Hauptkräfte.“ (Kommando Heer, 2017, S. 17-18)

Als Reaktion auf diesen russischen Angriff startet die NATO daraufhin ihrerseits eine Offensive – auf dem Gefechtsfeld stellt sich das dann wie folgt dar:

„Zur Vorbereitung des Gegenangriffs befiehlt der BrigKdr das Auslösen des langfristig vorbereiteten Lähmens des gegnerischen FüInfoSys, um den gegnerischen Entscheidungsprozess zu verlangsamen. Parallel werden in offenen Quellen (soziale Netzwerke, Messenger Services, Nachrichtenkommentare etc.), eine Vielzahl von Meldungen platziert, die auf ein Ausweichen der NATO-Kräfte hindeuten und so die eigene Absicht verschleiern helfen.“ (Kommando Heer, 2017, S. 22)

Jürgen Wagner: Rüstung

Doch der (Informations-)Krieg soll nicht allein auf dem Gefechtsfeld, sondern auch an der Heimatfront ausgefochten werden:

„Nachdem sich der Erfolg des Gegenangriffs abzeichnet, befiehlt der BrigKdr eine offensive und mehrsprachige Informationskampagne, die durch Bilder, Text, Videos etc. die Erfolge der NATO-Truppen herausstreicht und zeigt, dass Kollateralschäden vermieden werden, aber auch eigene Verluste nicht verschweigt. Zeitgleich werden ausgesuchte Angehörige des Gegners und deren Angehörige adressiert. Durch diese zeitnahe ehrliche und offene Berichterstattung wird gegnerischer Propaganda entgegengewirkt, die öffentliche Meinung sowohl in den NATO-Staaten als auch beim Gegner beeinflusst und die Informationshoheit umstritten oder gewonnen.“ (Kommando Heer, 2017, S. 22-23)

Maßnahme I: Personal & Rekrutierung

Um den Personalbedarf für die im Fähigkeitsprofil anvisierten Großverbände decken zu können, soll die Truppenstärke der Bundeswehr laut der Mittelfristigen Personalplanung vom 18. Dezember 2020 von den aktuell knapp 185.000 Soldat*innen deutlich ausgebaut werden: „Bis 2027 bleibt es somit bei den avisierten 203.000 Soldat*innen, einschließlich der 4.500 Stellen für Reservedienst Leistende. Die Zielstruktur für Zivilpersonal soll von 67.800 Haushaltsstellen auf 69.700 Haushaltsstellen angepasst werden“ (BMVg, 2020a, 3. Absatz).

Schon dies stellt die Truppe vor schwere Probleme, wie bereits Ende 2019 deutlich wurde:

„Die Bundeswehr hat zu wenig Soldaten, und die Truppe ist überaltert, sie braucht Nachwuchs. Doch diesen für sich zu gewinnen, dürfte in Zukunft noch schwieriger werden, als bislang bekannt. Wie „Bild am Sonntag“ (BamS) unter Berufung auf interne Papiere des Verteidigungsministeriums berichtet, rechnet die Bundeswehr damit, dass 2020 von 760.000 Schulabgänger*innen nur die Hälfte für die Armee geeignet ist. [...] Von den übrig bleibenden jungen Menschen müsste sich unter dem Strich jeder Vierte bei der Armee bewerben, damit diese ihren Bedarf decken kann.“ („Offenbar fast die Hälfte der Schulabgänger“, 2019, 1. und 2. Absatz)

Um hier Abhilfe zu schaffen, werden mehr Werbung, Attraktivitätsgesetz, freie Bahnfahrten usw. aktiviert. Doch wie der Überprüfungsbericht zum Fähigkeitsprofil einräumt, wird dies wohl nicht ausreichen, um den Personalbedarf decken zu können (Wiegold, 2019).

Maßnahme II: Finanzen

Seit vielen Jahren steigen die westlichen Rüstungsausgaben rasant an: Die NATO weist für 2015 noch Militärausgaben im Umfang von 895 Mrd. Dollar aus, für 2021 werden sie auf

1,175 Billionen Dollar geschätzt (NATO, 2021a). Russland kommt dagegen 2021 auf 65,9 Mrd. Dollar, China auf 293 Mrd. Dollar (SIPRI, 2021). Die EU-Mitglieder erhöhten ihre Militärausgaben (exklusive Großbritannien und Dänemark) von 156 Mrd. Euro (2014) auf 198 Mrd. Euro (2020) (EDA, 2021).

Einen wesentlichen Faktor für diese ansteigenden Haushalte stellt die Entwicklung in Deutschland dar. Hier wird zwar seit Jahren das unangemessene Bild einer chronischen Unterfinanzierung der Bundeswehr bemüht; tatsächlich kletterte der Militärhaushalt aber von 24,3 Milliarden Euro (2000) über 32,5 Milliarden Euro (2014) und 38,5 Milliarden Euro (2018) auf 46,9 Milliarden Euro (2021) (Pflüger, 2021). Analog dazu stiegen auch die Ausgaben für die Erforschung, Beschaffung und Erhaltung von Rüstungsgütern deutlich von 7,26 Mrd. Euro (2014) auf 14,27 Mrd. Euro (2021) an (BMVg, 2020b).

Im Jahr 2022 wurde der offizielle Etat nochmalig auf 50,3 Milliarden Euro erhöht und zugleich ein Sondervermögen im Umfang von 100 Milliarden Euro angekündigt, mit dem der tatsächliche Militärhaushalt in den nächsten Jahren jährlich rund 75 Milliarden Euro betragen soll. Zudem werden beträchtliche Kosten aus dem Verteidigungshaushalt ausgelagert bzw. kaschiert, u.a. Ausgaben für UN-Einsätze, die Ausbildung und Ausrüstung "befreundeter" Akteure oder der Anteil am Europäischen Verteidigungsfond.

Maßnahme III: Exporte für die Strategische Autonomie

Ginge es dem europäischen Rüstungsplanungsprozess ausschließlich um die Schließung der identifizierten Fähigkeitslücken, würde, wie bereits erwähnt, sehr viel häufiger außerhalb von Europa produziertes Gerät angeschafft werden, statt auf teuren Eigenentwicklungen zu beharren, wie vor allem die USA nicht müde werden zu betonen.

Erich Vad, der über viele Jahre als engster militärpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel fungierte, fasste die Überlegungen zum Zusammenhang von Rüstungs- und Machtpolitik zusammen:

„Auch wenn der Einsatz von Militär und Gewalt eine Ultima Ratio des politischen Handelns bleibt, scheint das Vorhalten modern ausgerüsteter Streitkräfte [...] unumgänglich zu sein, um als politischer Akteur auf der internationalen Bühne ernst genommen zu werden. [...] Der eigene sicherheitspolitische Handlungsspielraum ist ohne eine nationale Rüstungsindustrie mit Kernkompetenzen und nationalen Schlüsseltechnologien stark eingeengt. [...] In letzter Konsequenz würde man als internationaler sicherheitspolitischer Akteur nicht ernst genommen.“ (Vad, 2019, S. 12)

Vor diesem Hintergrund definiert das [Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) vom Februar 2020 eine ganze Reihe von Schlüsselindustrien, die entweder in nationaler oder zumindest in europäischer Hand verbleiben sollen. Dies wiederum bedingt es zwingend, die in diesem Bereich tätigen Unternehmen mit Aufträgen zu versehen, um ihr Überleben zu garantieren, selbst wenn außereuropäische Lösungen

günstiger wären (Die Bundesregierung, 2020). Anstatt zum Beispiel F-35 der USA zu bestellen, verfolgen Deutschland, Frankreich und Spanien mit dem Future Combat Air System (FCAS) ein Konkurrenzprojekt, das bis zu seiner Fertigstellung einen noch nicht genau abschätzbaren dreistelligen Milliardenbetrag kosten wird. Den Grund beschreibt unter anderem Natalia Pouzyreff, Mitglied im französischen Verteidigungsausschuss, mit den Worten:

„Ich habe bei meinen Gesprächen in Berlin den Eindruck gewonnen, dass auch die Deutschen nicht von Technologien abhängig sein wollen, die nicht aus Europa stammen. Man weiß schließlich nicht, was die Zukunft bringt. Und politisch betrachtet hätten wir Europäer ohne diese Entwicklungen es wohl schwer, uns unter den großen Mächten auf der internationalen Bühne weiter Gehör zu verschaffen.“ (Remme & Noll, 2021, 5. Absatz unter „Kaum Widerstand in Frankreichs Politik“)

Doch um bei der Anbahnung derartiger Großprojekte ‚erfolgreich‘ zu sein, bedarf es einer weiteren Komponente: der Möglichkeit für umfassende Exporte; denn selbst ein europaweiter Rüstungsmarkt wird für zu klein erachtet, um auf Dauer wirtschaftlich produzieren zu können: „Der außereuropäische Export ist also ein Teil der rüstungsindustriellen Gesamtstruktur der EU und ermöglicht seine Existenz“ (Mölling & Schütz, 2019, S. 2).

Hier dürfte der Grund liegen, weshalb es trotz großer Anstrengungen der Zivilgesellschaft nicht gelungen ist, in Deutschland und noch viel weniger in der EU eine restriktive Rüstungsexportpolitik durchzusetzen. Im Gegenteil, aus den beschriebenen Gründen ist es der Politik mehrheitlich ein Anliegen, den Export vor allem von Großsystemen zu garantieren. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass mit einem im Oktober 2019 unterzeichneten Zusatzabkommen zum sogenannten Aachener-Vertrag faktisch ein Blankoscheck für den uneingeschränkten Verkauf von Großprojekten wie dem FCAS erteilt wurde – Exporte können nur in absoluten Ausnahmefällen blockiert werden: „Eine Vertragspartei widerspricht einer von der anderen Vertragspartei beabsichtigten Verbringung oder Ausfuhr an Dritte nicht, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden“ (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, 2019, S.5).

Irrweg Rüstung – Autonomie vs. Frieden

Abseits der scheinbaren sicherheitspolitischen Notwendigkeit werden immer wieder auch weitere Argumente „ins Feld“ geführt, weshalb von Rüstungsanstrengungen zahlreiche Positiveffekte ausgingen. So argumentiert die EU-Kommission: „Investitionen im Verteidigungsbereich haben einen erheblichen wirtschaftlichen Multiplikatoreffekt, was die Gründung von Spin-offs, Technologietransfers auf andere Wirtschaftszweige sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft“ (Europäische Kommission, 2016, 4. Absatz). Dass sich die EU-Kommission hier als einzige Quelle für diese Behauptung auf eine von der Europäischen Verteidigungsagentur angefertigte Studie bezieht, sollte stützig machen (EDA, 2015).

Tatsächlich ist die rein volkswirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsindustrie überschaubar: Laut Eigenangaben der Branche setzten die europäischen Rüstungsunternehmen 2019 zusammen 129 Mrd. Euro um und beschäftigten 487.400 Menschen (AeroSpace and Defence Industries Association of Europe [ASD], 2020). Nimmt man allein Volkswagen zum Vergleich zeigt sich die Diskrepanz: Im Jahr 2020 arbeiteten ca. 662.600 Menschen bei dem Autokonzern, dessen Umsatz sich auf 223 Mrd. Euro belief („Volkswagen AG“, 2021). Generell sind die von Investitionen in die Rüstungsindustrie ausgehenden Beschäftigungseffekte gering, Gelder schaffen in nahezu jedem anderen Sektor mehr Arbeitsplätze, wie inzwischen zahlreiche Studien nachgewiesen haben (Dunne & Tian, 2013).

Auch die viel beschworenen „Spin-Offs“, technologische Innovationen, die vom Rüstungssektor erfunden werden und danach massiv zur volkswirtschaftlichen Entwicklung beitragen, existieren lediglich in der Phantasie der Rüstungsbefürworter. Es ist eher umgekehrt: Innovationen gehen in zunehmendem Maße auf den zivilen Sektor zurück, derer sich die Rüstung dann bedient, sodass inzwischen sogar von einem „Spin-In“ die Rede ist (Fiott, 2019).

Auch die zumeist bemühten sicherheitspolitischen Argumente zur Rechtfertigung der mannigfaltigen Rüstungsanstrengungen sind wenig plausibel: So lassen sich die zahlreichen militärischen Auslandseinsätze der letzten Jahre wohl beim besten Willen nicht als Erfolgsgeschichten bezeichnen. Und auch die Aufstellung von Großverbänden gegen Russland trägt ihren Teil zur Verschlechterung der Beziehungen bei und befeuert die ohnehin stattfindende (atomare) Rüstungsspirale weiter. Dennoch werden teils detailliert ausgearbeitete Vorschläge für eine zivile Sicherheitspolitik kaum ernsthaft in Betracht gezogen (Becker, Maaß & Schneider-Harpprecht, 2019). Dinge wie Abrüstung, Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen scheinen zunehmend aus der Mode zu geraten. Über die Jahre wurden nahezu alle existierenden Rüstungskontrollverträge von den USA aufgekündigt. Das Ziel besteht darin, eine militärische Überlegenheit über jeden denkbaren Gegner erlangen zu können, dabei gelten Rüstungskontrollverträge fast nur noch als hinderliche Fesseln, derer sich entledigt werden muss.

Dies alles wirft die Frage nach möglichen Rüstungsursachen auf, die oft zu der zweifellos intensiven Lobbytätigkeit der Rüstungsindustrie führt (Vranken, 2017). Ob sie allerdings so gut vernetzt ist, dass es ihr gelingt, die Politik in einem Ausmaß zu bestimmen, der extrem über ihre wirtschaftliche Bedeutung hinausragt, darf bezweifelt werden. Wahrscheinlicher ist es deshalb, andere Ursachen zu vermuten. In ihrer zentralen Publikation gibt die AeroSpace and Defence Industries Association (ASD), der größte EU-Rüstungslobbyverband, einen Hinweis, indem sie für ihre Sache mit den Worten titelt: Die Europäische Rüstungsindustrie – ein unverzichtbares Element der Strategischen Autonomie Europas (ASD, 2019).

Diese Strategische Autonomie hat aber mit Friedenspolitik, ja nicht einmal mit Sicherheitspolitik etwas zu tun; sie entspringt rein machtpolitischen Ambitionen – und sie ist gefährlich. In welchen Kategorien Befürworter der Strategischen Autonomie dabei denken, zeigt eine Studie der die Bundesregierung beratenden Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP, 2020) mit dem zynischen Titel „Europa schaffen mit eigenen Waffen?“:

„Das 21. Jahrhundert könnte ein pazifisches werden, mit China und den USA als den beiden Polen. Ausgemacht ist eine sino-amerikanische Bipolarität jedoch nicht. Eine EU mit Weltmachtqualität könnte einen dritten Pol bilden. [...] Europa ist erst voll souverän, wenn es sich selbst verteidigen kann. [...] Europa braucht robuste nicht-nukleare Fähigkeiten für zwei Hauptzwecke: zur Verteidigung und zur Intervention. [...] Verteidigungspolitische Autonomie erfordert eine eigenständige nukleare Abschreckungsfähigkeit. [...] Dies würde Deutschland und seiner »Kultur der militärischen Zurückhaltung« einiges abverlangen: bei Verteidigungsausgaben, Einsätzen und Rüstungsexporten. Dafür braucht es eine tabulose Debatte über die Rolle des Militärischen für ein Europa, das »sein Schicksal selbst in die Hand« nimmt (Bundeskanzlerin Angela Merkel).“ (Lübckemeier, 2020, S. 12-14)

Es ist die Kombination aus der Erfüllung der NATO-Vorgaben sowohl für Interventionen im Globalen Süden als auch für die Systemrivalität mit Russland (und perspektivisch auch mit China) in Verbindung mit den Bestrebungen nach Strategischer Autonomie, die immense Kosten verursacht. Sie leistet aber nichts, um viele der drängendsten Fragen von Krieg und Frieden zu lösen, vom Klimawandel bis hin zu Armutskonflikten – im Gegenteil. Angesichts eines neuen Höchststandes der Rüstungsausgaben, der maßgeblich auf das Konto der westlichen Staaten geht, kommentierte Tobias Schulze in der taz:

"Es geht nicht nur um das Vernichtungspotential, das durch ein Mehr an Waffen wächst und das sich entfaltet, wann immer das Kalkül der gegenseitigen Abschreckung nicht aufgeht. Es geht auch darum, welche Ressourcen durch die globale Aufrüstung gebunden werden und für andere Menschheitsaufgaben entsprechend nicht zur Verfügung stehen." (Schulze, 2021, 2. Absatz)

Literaturverzeichnis

- AeroSpace and Defence Industries Association of Europe. (2019). 2019 facts & figures. Verfügbar unter: <https://www.asd-europe.org/sites/default/files/atoms/files/ASD%202019%20Facts%20and%20Figures.pdf>
- AeroSpace and Defence Industries Association of Europe. (2020). 2020 facts & figures. Verfügbar unter: https://www.asd-europe.org/sites/default/files/atoms/files/ASD_FactsFigures_2020.pdf
- Becker, R., Maaß, S. & Schneider-Harpprecht, C. (Hrsg.) (2019). Sicherheit neu denken: Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik - Ein Szenario bis zum Jahr 2040 (3. Aufl.). Karlsruhe: Evangelische Landeskirche in Baden. Verfügbar unter: <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/186329/>
- Bunde, T., Franke, B., Maderspacher, Q., Oroz, A., Schwemer, L., Ullrich, L.M. ... Wittek, K. (2017). Munich Security Report 2017: Post-truth, post-west, post-order? München: Münchner Sicherheitskonferenz. <https://doi.org/10.47342/TJBL3691>.

- Bundesamt für Wirtschaft und Klimaschutz. (2019, Oktober 23). Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich. Verfügbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/ausfuhrkontrollen-im-ruestungsbereich.pdf?__blob=publicationFile&v=6
- Bundesministerium der Verteidigung. (2006). *Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006*. Verfügbar unter: https://zeus.zeit.de/deutschland/060928_WB06.pdf
- Bundesministerium der Verteidigung. (2011, Mai 18). *Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr*. Verfügbar unter: https://www.peter-bleser.de/sites/default/files/2012/eckpunkte_bundeswehrreform.pdf
- Bundesministerium der Verteidigung. (2018a, Juli 20). *Konzeption der Bundeswehr*. Verfügbar unter: <https://www.bmvg.de/resource/blob/26544/9ce-ddf6df2f48ca87aa0e3ce2826348d/20180731-konzeption-der-bundeswehr-data.pdf>
- Bundesministerium der Verteidigung. (2018b, September 04). *Neues Fähigkeitsprofil komplettiert Konzept zur Modernisierung der Bundeswehr*. Verfügbar unter: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/neues-faehigkeitsprofil-der-bundeswehr-27550>
- Bundesministerium der Verteidigung. (2019). *Keynote der Bundesministerin der Verteidigung Dr. Ursula von der Leyen anlässlich der Eröffnung der 55. Münchner Sicherheitskonferenz am 15. Februar 2019*. Verfügbar unter: <https://www.bmvg.de/resource/blob/32536/c2698fc469931889aafdb65ac0b31101/20190215-rede-ministerin-msc-data.pdf>
- Bundesministerium der Verteidigung. (2020a, Dezember 18). *Verteidigungsministerin legt Bundeswehr-Personalplanung bis 2027 fest*. Verfügbar unter: <https://www.bmvg.de/de/presse/akk-legt-bundeswehr-personalplanung-bis-2027-fest-5012872>
- Bundesministerium der Verteidigung. (2020b). *12. Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten Teil I - Berlin, Dezember 2020*. Verfügbar unter: <https://www.bmvg.de/resource/blob/4911264/2acb4e0f6f39bf7652c0b4a1a517a0cc/20201208-download-12-bericht-des-bmvg-zu-ruestungsangelegenheiten-data.pdf>
- Bundeswehr-Pläne: Heer soll drei volle Divisionen bekommen. (2017, April 19). Deutscher Bundeswehrverband. Verfügbar unter: <https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/politik-verband/beitrag/bundeswehr-plaene-heer-soll-drei-volle-divisionen-bekommen/>
- European Defence Agency. (2015). *The economic case for investing in Europe's defence industry*. Verfügbar unter: https://eda.europa.eu/docs/default-source/eda-factsheets/2015-01-20-factsheet_economic-case_high
- European Defence Agency. (2018). *Capability development plan*. Verfügbar unter: https://eda.europa.eu/docs/default-source/eda-factsheets/2018-06-28-factsheet_cdpb020b03fa4d264cfa776ff000087ef0f

- European Defence Agency. (2020). *2020 card report: Executive summary*. Verfügbar unter: <https://eda.europa.eu/docs/default-source/reports/card-2020-executive-summary-report.pdf>
- European Defence Agency. (2021). *Defence data 2018-2019*. Verfügbar unter: <https://eda.europa.eu/docs/default-source/brochures/2019-eda-defence-data-report.pdf>
- Europäische Kommission. (2016, November 20). *Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan*. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52016DC0950&from=en>
- Europäische Union. (2008, Dezember 11). *Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie: Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel*. Verfügbar unter: https://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/DE/reports/104634.pdf
- Felde, R.M. zum (2018). Abschreckung und Dialogbereitschaft – der Paradigmenwechsel der NATO seit 2014. *SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen*, 2(2), 101-117. <https://doi.org/10.1515/sirius-2018-2001>
- Deni, J. R. (2020). *Security threats, American pressure, and the role of key personnel: How NATO's defence planning process is alleviating the burden-sharing dilemma*. Carlisle Barracks, PA: US Army War College Press. Verfügbar unter: <https://press.armywarcollege.edu/monographs/919/>
- Deppe, F. (2014). *Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in „Neuer Verantwortung“*. Berlin: VSA.
- Die Bundesregierung. (1999, Mai 03). *Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs zum 50. der Nato am 23. und 24. April 1999 in Washington - Strategisches Konzept (I)*. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/gipfelkonferenz-der-staats-und-regierungschefs-zum-50-der-nato-am-23-und-24-april-1999-in-washington-strategisches-konzept-i--807898>
- Die Bundesregierung. (2016, Juli 13). *Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*. Verfügbar unter: <https://www.bmvg.de/resource/blob/13708/015be272f8c0098f1537a491676bfc31/weissbuch2016-barriere-frei-data.pdf>
- Die Bundesregierung. (2020, Februar 12). *Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie*. Verfügbar unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/strategiepapier-staerkung-sicherits-und-verteidigungsindustrie.pdf?blob=publicationFile&v=4>
- Dunne, J. P. & Tian, N. (2013). Military expenditure, economic growth and heterogeneity. *Defence and Peace Economics*, 26(1), 15-31.
- Fiott, D. (2019, Dezember 13). *Strategic investment: Making geopolitical sense of the EU's defence industrial policy (Challiot Paper 156)*. o.O.: European Union Institute for Security Studies. DOI: 10.2815/235900. Verfügbar unter: <https://www.iss.europa.eu/content/strategic-investment-making-geopolitical-sense-eus-defence-industrial-policy>

- Fischer-Lescano, A. (2018, November 30). Rechtsgutachten zur Illegalität des Europäischen Verteidigungsfonds. Verfügbar unter: https://oezlem-alev-demirel.de/wp-content/uploads/2019/10/EVF-Gutachten_2018_November30.pdf
- Gebauer, M., Hammerstein, K. von, Müller, P. & Schult, C. (2017, Oktober 21). *So schwach ist die Nato*. Spiegel. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/nato-geheimer-report-offenbart-schwaechen-des-buendnisses-a-1173941.html>
- Glatz, R. L. & Zapfe, M. (2017). *Ambitionierte Rahmennation: Deutschland in der Nato – die Fähigkeitsplanung der Bundeswehr und das "Framework Nations Concept"*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. Verfügbar unter: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/53807>
- Haydt, C. & Wagner, J. (2018a). Europas imperiale Nachbarschaftspolitik. In C. Haydt & J. Wagner (Hrsg.), *Die Militarisierung der EU – Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht* (1. Aufl., S. 57-84). Berlin: Edition Berolina.
- Haydt, C. & Wagner, J. (2018b). PESCO: Per Rüstungskorsett zur Rüstungsunion. In C. Haydt & J. Wagner (Hrsg.), *Die Militarisierung der EU – Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht* (1. Aufl., S. 208-228). Berlin: Edition Berolina.
- Juncker, J.-C. (2016, September 14). *Rede zur Lage der Europäischen Union*. Verfügbar unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_16_3043
- Kamp, K.-H. (2015). *Die Europa-Arme: Pro und Kontra*. BAKS-Arbeitspapier. Verfügbar unter: <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2015/die-europa-armee-pro-und-kontra>
- Kommando Heer. (2017). *Thesenpapier I: Wie kämpfen die Landstreitkräfte künftig?* Verfügbar unter: <https://augengeradeaus.net/wp-content/uploads/2018/03/180327-Thesenpapier-I-Wie-ka%CC%88mpfen-LaSK-zuku%CC%88nftig.pdf>
- Lippert, B., Ondarza, N. von & Perthes, V. (2019). *Strategische Autonomie Europas. Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. DOI: 10.18449/2019S02. Verfügbar: https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2019S02_lpt_orz_prt.pdf
- Lübckemeier, E. (2020). *Europa schaffen mit eigenen Waffen? Chancen und Risiken europäischer Selbstverteidigung*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. DOI: 10.18449/2020S17. Verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S17_lbk_Selbstverteidigung.pdf
- Major, C. (2019). *Die Rolle der Nato für Europas Verteidigung. Stand und Optionen zur Weiterentwicklung aus deutscher Perspektive*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. DOI: 10.18449/2019S25. Verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2019S25_mjr_Web.pdf
- Major, C. & Mölling, C. (2020, November 26). *Strategische Autonomie Europas: Toxische Wortklauberei*. Spiegel. Verfügbar: <https://www.spiegel.de/ausland/eu-und-die-strategische-autonomie-toxische-wortklauberei-a-77a58db9-6dac-48c9-8aa0-8073215234f2>
- Masuhr, N. (2020). *2014 als Zäsur? Streifkräfteentwicklung in der NATO*. Zürich: Center for Security Studies. DOI: 10.3929/ethz-b-000422187. Verfügbar unter:

- https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/Doktrinstudie_2020_Masuhr.pdf
- Mauro, F. (2018). *EU Defense: The White Book implementation process*. DOI: 10.2861/534879. Verfügbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/etudes/STUD/2018/603871/EXPO_STU\(2018\)603871_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/etudes/STUD/2018/603871/EXPO_STU(2018)603871_EN.pdf)
- Meier, O. (2021, März 13). *Heimlich abgerüstet*. Zeit Online. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-03/atomwaffen-usa-europa-abruestung-militaer-nato>
- Milliardenschwerer EU-Verteidigungsfond kann starten. (2021, April 29). Verfügbar unter: <https://de.marketscreener.com/kurs/index/DJ-INDUSTRIAL-4945/news/Milliardenschwerer-EU-Verteidigungsfonds-kann-starten-33112518/>
- Mölling, C. & Schütz, T. (2019). *Rüstungsexportpolitik. Optionen der Europäisierung*. Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. Verfügbar unter: <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/ruestungsexportpolitik-optionen-der-europaeisierung>
- Nato-Initiative für höhere Einsatzbereitschaft startet. (2020, Januar 02). *Deutsche Presse Agentur*. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/news/2020-01/02/nato-initiative-fuer-hoehere-einsatzbereitschaft-startet>
- North Atlantic Treaty Organization. (1991, November 07). *The Alliance's new strategic concept agreed by the heads of state and government participating in the meeting of the North Atlantic Council*. Verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_23847.htm
- North Atlantic Treaty Organization. (2010, November 19). *Strategic concept 2010*. Verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_82705.htm
- North Atlantic Treaty Organization. (2018, Juli 11). *Brussels Summit Declaration issued by the heads of state and government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Brussels 11-12 July 2018*. Verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156624.htm
- North Atlantic Treaty Organization. (2020, November 25). *NATO 2030: United for a new era, analysis and recommendations of the reflection group appointed by the NATO Secretary General*. Verfügbar unter: https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf
- North Atlantic Treaty Organization. (2021a, März 16). *Defence expenditures of NATO countries (2013- 2020)*. Verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_182242.htm
- North Atlantic Treaty Organization. (2021b). *The Secretary General's annual report 2021*. Brüssel. Verfügbar: https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2021/3/pdf/sgar20-en.pdf
- Offenbar fast die Hälfte der Schulabgänger nicht für Bundeswehr geeignet. (2019, Januar 27). Spiegel Online. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/offenbar-haelfte-der-schulabgaenger-nicht-fuer-bundeswehr-geeignet-a-1250189.html>

- Olshausen, K. (2016). *NATO's readiness action plan for assurance and deterrence - Progress & challenges on the road from Wales to Warsaw* (ISPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security, Vol. 402). Verfügbar unter: https://www.ispsw.com/wp-content/uploads/2016/01/402_Olshausen.pdf
- Pflüger, T. (2021, März 12). *Coronaprofiteur Bundeswehr: Steigender Militärhaushalt trotz Pandemie*. Informationsstelle Militarisation. Verfügbar unter: <http://www.imi-online.de/2021/03/12/coronaprofiteur-bundeswehr/>
- Rat der Europäischen Union. (2009). *Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt*. DOI: 10.2860/13005. Verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/30806/qc7809568dec.pdf>
- Rat der Europäischen Union. (2016a, Juni 28). *Eine globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union*. Verfügbar unter: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10715-2016-INIT/de/pdf>
- Rat der Europäischen Union. (2016b, November 14). *Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Umsetzung der Globalen Strategie der Europäischen Union im Bereich der Sicherheit und der Verteidigung*. Verfügbar unter: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14009-2016-INIT/de/pdf>
- Remme, K. & Noll, A. (2021, April 23). *Rüstungsprojekt PCAS/Das zähe Ringen um Europas neue Kampfflugzeuge*. Deutschlandfunk. Verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/ruestungsprojekt-fcas-das-zaehe-ringen-um-europas-neue-100.html>
- Rogers, J. (2011). *A new geography of European power*. Brüssel: Egmont Institute.
- Rühle, M. (2020). Das neue Strategische Konzept der NATO und die politische Realität. In E. Reiter (Hrsg.), *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2000* (S. 637-654). Berlin: E.S. Mittler und Sohn Verlag.
- Rudnicka, J. (2021). *Personalbestand der Bundeswehr 1959 bis 2020*. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/495515/umfrage/personalbestand-der-bundeswehr/>
- Sabatino, E., Fiott, D., Zandee, D., Mölling, C., Major, C., Maulny, J.-P. ... Moro, D. (2020). *The quest for European strategic autonomy – A collective reflection*. Rom: Istituto Affari Internazionali. Verfügbar unter: <https://www.iai.it/sites/default/files/iai2022.pdf>
- Schulze, T. (2021, April 27). *Aufrüstung als Sicherheitsrisiko*. Die Tageszeitung. Verfügbar unter: <https://taz.de/!5762705/>
- Status of world nuclear forces. (2021). *Federation of American Scientists*. Verfügbar unter: <https://fas.org/issues/nuclear-weapons/status-world-nuclear-forces/>
- Stockholm International Peace Research Institute. (2021, April 26). *World military spending rises to almost \$2 trillion in 2020*. Verfügbar unter: <https://www.sipri.org/media/press-release/2021/world-military-spending-rises-almost-2-trillion-2020>
- Tucker, P. (2021, Mai 24). *Estimated cost of US nuclear modernization jumps during more expensive phase*. Defense One. Verfügbar unter: <https://www.defenseone.com/threats/2021/05/estimated-cost-us-nuclear-modernization-jumps/174267/>

Jürgen Wagner: Rüstung

- Vad, E. (2019, März 19). *Warum es eine nationale Rüstungsindustrie braucht*. Neue Züricher Zeitung. Verfügbar unter: https://erichvad-consulting.de/wp-content/uploads/2019/03/Neue_Zuercher_Zeitung_20190319_Seite_12.pdf
- Varwick, J. (2010). Das neue strategische Konzept der NATO. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 50, 23-29. Verfügbar unter: <http://www.johannes-varwick.de/rauf/varwick-apuz-nato-strategie.pdf>
- Volkswagen AG. (2021). *Wikipedia*. Verfügbar unter: [https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Wei%C3%9Fbuch_\(Bundeswehr\)&oldid=217724136](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Wei%C3%9Fbuch_(Bundeswehr)&oldid=217724136)
- Vranken, B. (2017). *Securing profits: How the arms lobby is hijacking Europe's defence policy*. Antwerpen: Vredesactie. Verfügbar unter: https://www.vredesactie.be/sites/default/files/pdf/Securing_profits_web.pdf
- Weißbuch (Bundeswehr). (2021). *Wikipedia*. Verfügbar unter: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Volkswagen_AG&oldid=218517678
- Wagner, J. (2017a). US-NATO-Strategie: Intervention - Expansion - Kollision. In J. Wagner (Hrsg.), *NATO: Aufmarsch gegen Russland* (2. Aufl., S. 21-42). Berlin: Edition Berolina.
- Wagner, J. (2017b). Ukraine-Krise und die Aufrüstung der NATO-Ostflanke. In J. Wagner (Hrsg.), *NATO: Aufmarsch gegen Russland* (2. Aufl., S. 89-104). Berlin: Edition Berolina.
- Wiegold, T. (2019, Dezember 20). *Modernisierungskatalog der Bundeswehr bis 2031: Geld ist knapp - Personal noch viel mehr*. Verfügbar unter: <https://augengerade-aus.net/2019/12/modernisierungskatalog-der-bundeswehr-bis-2031-geld-ist-knapp-personal-noch-viel-mehr/>

Jürgen Wagner ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der
Tübinger Informationsstelle Militarisation (IMI)

<https://www.imi-online.de/uber-imi/referenten/#JW>

<https://antimilitarismus.wordpress.com/>